Flörsheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger für den Maingau

Erscheint Dienst., Donnerst., Samst., Sonnt. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Kartäuserstraße Nr. 8. — Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. Main.

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. — Reklamen die sechsgespaltene Petitzeile 100 Pfg. Bezugspreis: monatl. 71 Pfg., mit Bringerlohn 80 Pfg., durch die Post 2.40 fürs Vierteljahr.

Nummer 91 — Donnerstag, den 14. August 1919. — 23. Jahrgang

Bekanntmachung

Der kommandierende General hat entschieden, daß die Appelle der Demobilisierten im ganzen Gebiet der Armee aufgehoben sind.

Le Commandant de Juvigny
Anministrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne)

Bekanntmachung.

Für Offiziershaushaltungen werden Dienstmädchen gesucht. Man wolle sich an die Bürgermeister wenden, die in dieser Hinsicht Instruktionen haben. —

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne)

Bekanntmachung.

betr. Brief- und Postkartenverkehr.

1) Postkarten aller Art, Geschäfts- und Industriebriefe (sowie Katalogstarif, Mustersendungen und Preisverzeichnisse) sind in jeder Hinsicht gestattet.
2) Privatbriefe,
   a) frei im ganzen besetzten Gebiet,
   b) nur in ernsten Fällen zwischen dem besetzten Gebiet und alliierten, neutralen Ländern und dem unbesetzten Deutschland,
   c) verboten zwischen den alliierten Ländern und dem unbesetzten Deutschland.
3) Alle Sendungen als eingeschrieben geschickt werden.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne)

Bekanntmachung.

Der Entwurf einer Mustermesse, die in Wiesbaden stattfinden soll, ist in Bearbeitung.

Einerseits soll dieselbe alle Produkte der französischen Industrie, die im Landkreis Wiesbaden Absatz finden könnten, andererseits alle örtlichen Produkte, welche in Frankreich Absatz finden könnten, vereinigen

Die Industriellen des Landkreises Wiesbaden werden gebeten, mir mitzuteilen, welche Art von Produkten sie ausstellen könnten. Die Messe wird hauptsächlich die Luxuswaren in Betracht ziehen. Ausgeschlossen sind: Vorschläge, die sich auf metallurgische und chemische Produkte beziehen.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne)

Wie es an der Somme aussieht.

Mehr als drei Jahre sind verflossen, seit die erste der großen Sommeschlachten entbrannte, aber noch immer sind auf diesem blutgetränkten Schlachtfelde die Spuren jener Kämpfe zu sehen, noch immer entdeckt man unbegrabene Tote. Ein englischer Offizier, der an den Sommenkämpfen teilgenommen hat, schildert in einem englischen Blatt, wie er das Schlachtfeld im Frieden wiedersah. Überall ist nach der altgewohnte Anblick: Haufen von leeren Granatkasten rings um die Stellungen der Artillerie, Anschläge mit Warnungen und Befehlen Wegweiser usw. Die Trümmerhaufen von Tiepval u. Busentin sehen noch so trostlos und öde aus wie früher, obwohl frisches Grün rings um die Granatlöcher wuchert. Die einzig neue Erscheinung sind nur die Touristenzüge, die hier nach den Dörfern suchen, die einstmals blühten, und jetzt nur noch gezimmerte Pfähle finden, auf denen der Name der Ortschaft steht, die früher hier lag, Serre oder Pozieres. Es fällt heute dem Besucher schwer, sich auf diesem ungeheueren Trümmerfelde zurecht zufinden, und bedarf er eines erfahrenen Führers. Vor dem Kriege gab es viele Dörfer am Wege zwischen Bapaume und Peronne, jetzt sucht sie das Auge vergebens, sucht vergebens den großen St. Pierre Vaast-Wald, dessen Bäume die Wegränder umrahmten In vielen Gebieten Nordfrankreichs, um Douai, Cambrai und Valenciennes ist die Arbeit des Wiederaufbaues verhältnismäßig einfach; hier muß aber gleichsam das ganze Land erst wieder neu geschaffen werden. Nichts ist mehr übrig von den roten Dächern der Dörfer, die so freundlich aus dem Sommetal herausblickten; nur noch Ruinen hier und da. Der Boden ist übersät mit Granatlöchern und Schützengräben, die einzige heitere Note in dieses Bild bringt die reiche Blüte des Mohns, die überall hervorleuchtet. Fortwährend stößt man auf Soldatengräber, deren Inschrift und einsame Helmzier von der Nationalität des Gefallenen erzählt Hier liegen noch Gürtel der deutschen Maschinengewehr-Munition, dort zeigen eine Menge von Patronenhülsen an, wie heiß gekämpft wurde. Die umfangreichen und vielverzweigten Stellungsanlagen erzählen von zähem Widerstand und todesmutigem Angriff. Doch trotz dieser Verlassenheit regt sich allenthalben Leben in den Ruinen Die Bewohner der Gegen zeigen eine rührende Anhänglichkeit an den Heimathoden; sie haben sich bereits in dunklen Unterständen, in verfallenen Kellern und Trümmerhaufen ja sogar in Granatlöchern, häuslich eingerichtet, und ihr felsenfester Glaube ist die beste Gewähr für die Hoffnung, daß in diesem Gebiet, das die grausigste Ernte des Krieges sah, wieder die segensreiche Ernte des Friedens reifen wird.

Bekanntmachung.

Von heute ab kommt in den Lebensmittelgeschäften zur Verteilung: pro Person 200 Gr. Reis zu 95 Pfg. 125 Gr. geschälte Bohnen zu 35 Pfg., und 60 Gramm Margarine zu 30 Pfg.

Die Lebensmittelkommission.

Bekanntmachung.

Die hiesige Gemeinde hat ca. 8000.— Mark gegen hypothekarische Sicherheit auszuleihen. Reflektanten wollen sich im hiesigen Bürgermeisteramt, Zimmer 9, melden.

Flörsheim, den 12. August 1919

Der Bürgermeister: Lauck.

Bekanntmachung.

Es ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß Kinder auf dem Friedhofe Blumen ausreißen und die Gräber zertreten. Ich mache darauf aufmerksam, daß Kinder ohne Begleitung von Erwachsenen der Zutritt zu dem Friedhofe verboten ist und werden die Eltern für die Schäden, die durch die Kinder angerichtet werden, haftbar gemacht.

Flörsheim, den 11. August 1919.

Der Bürgermeister: Lauck.

Lokales und von Nah und Fern.

Flörsheim a. Main, den 14. August 1919.

l **Gesangverein Liederkranz.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet der Gesangverein Liederkranz am kommenden Sonntag im Kartäuserhof ein Konzert mit Ball. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Verein bei seinen jeweiligen Veranstaltungen keine Mühe scheute, um den Teilnehmern angenehme Stunden zu bereiten. Es liegt daher im Interesse aller der Einladung zu folgen.

l **Gemeinnützige Baugenossenschaft.** Die Anregung die seitens des Gewerbevereins durch einen hier kürzlich veranstalteten Vortrag über die Gründung einer Baugenossenschaft gegeben worden ist, scheint in unserem Heimatorte auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Allenthalben bringt man der Baugenossenschaft reges Interesse entgegen. Der Ausschuß. der mit den Vorarbeiten zur Gründung einer Baugenossenschaft beauftragt ist, wird in allernächster Zeit auf Grund seiner Arbeiten in einer weiteren Versammlung die Gründung einer Baugenossenschaft in gemeinnütziger Form in Vorschlag bringen. Es dürfte deshalb angezeigt sein, hier etwas Näheres über den Zweck und die Ziele solcher Baugenossenschaften zu sagen.

Was ist eine Genossenschaft? Eine Vereinigung einer Anzahl Personen, die sich in dem Zusammenschluß zu einer Genossenschaft eine Selbsthilfe auf den Gebieten, auf denen die Hilfe des einzelnen unzureichend ist, schaffen will. Das Genossenschaftswesen, das in unserem Vaterlande in den letzten Jahrzehnten einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, ist uns allen bekannt. Wo bestehen heute keine Genossenschaften, sei es als Ein- oder Verkaufsgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften, Kreditgenossenschaften, usw. Von den hier am Platze bestehenden Genossenschaften sei zum Beispiel nur erwähnt, der Raiffeisen-Verein, als Landwirtschaftliche Genossenschaft, der sich der Unterstützung und Förderung der Landwirtschaft besonders widmet, der Vorschußverein als Kreditgenossenschaft, der seinen Mitgliedern die in Gewerbe und Wirtschaft benötigen Geldmittel beschaffen will.

Was ist eine Baugenossenschaft? Auf der gleichen Grundlage haben sich auch Genossenschaften zu dem Zweck gebildet, ihren Mitgliedern zu möglichst günstigen Bedingungen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu verschaffen. Im allgemeinen hatte sich bisher die Tätigkeit der Baugenossenschaften auf die Plätze mit großer, industrieller Entwicklung beschränkt. Wo es hauptsächlich galt im Kampfe gegen die immer mehr und mehr sich verbreitenten Mietskasernen die Kleinwohnungsnot zu lindern. In ländlichen Bezirken konnte die private Bautätigkeit das bestehende Wohnungsbedürfnis unter Einhaltung der ländlichen Bauweise in Form des Kleinwohnungsbaues vielfach noch befriedigen. Der Krieg brachte aber auch hier eine große Umwälzung. Überall, selbst in den kleinsten Orten herrscht mehr oder weniger eine Wohnungsnot. Die private Bautätigkeit verhält sich unter den Verhältnissen vollständig abwartend; Reich, Staat und Kummunen können nicht überall selbst helfen. Abhilfe der sich immer mehr und mehr steigernden Wohnungsnot ist aber unbedingt erforderlich und deshalb muß die Selbsthilfe in der Genossenschaft einsetzen. Die Baugenossenschaften werden daher jetzt eine ungeahnte Ausdehnung finden.

Was heißt gemeinnützig? Die Gemeinnützigkeit besagt, daß die Genossenschaft keinerlei geschäftliche oder spekulative Zwecke verfolgt, sondern nur im Interesse der Minderbemittelten tätig sein will. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften arbeiten aber durchaus auf wirtschaftlicher Grundlage, nur unter Ausschaltung eines Gewinnes der die unmittelbaren Kosten übersteigt; mithin beruht die Tätigkeit der Baugenossenschaft auf Leistung und Gegenleistung. Sie sind deshalb auch nicht als Wohlfahrtseinrichtungen in dem Sinne anzusehen, die nur einen gewissen Kreis von Personen oder Familien unterstützen will.

Die gemeinnützige Baugenossenschaften genießen eine Reihe von Vorteilen, in der Förderung und Unterstützung seitens des Reiches und des Staates und vor allem der Kommunen; für letztere bietet sich in der Unterstützung der Tätigkeit der Baugenossenschaft ein besonders dankbares Feld. Dafür wird wieder eine Gemeinde mit Arbeiten entlastet, denn ohne eine Baugenossenschaft müßte unter den jetzigen Verhältnissen für absehbare Zeit die Gemeinde selbst die Bautätigkeit aufnehmen.

Zweck und Ziele einer Baugenossenschaft. Wie schon ausgeführt will die Baugenossenschaft ihren Mitgliedern gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu möglichst billigen Preisen verschaffen. Neben den wirtschaftlichen Interessen hat somit die Baugenossenschaft auch die Aufgabe, das gesundheitliche. sittliche und soziale Wohl zu fördern. Diesen Aufgaben suchen die Baugenossenschaften dadurch gerecht zu werden, daß sie soweit es die Verhältnisse nur einigermaßen zulassen, den Kleinwohnunsgsbau aufnehmen, also die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern möglichst mit einem Gärtchen usw, die dann in Miete oder unter möglichst weitgehenden Zahlungserleichterungen in Verkauf unter gewissem Vorbehalt an die Mitglieder abgegeben werden. In ländlichen Bezirken und zumal bei dem Kleinwohnungsbau wird wohl nur der Verkauf an die Mitglieder in Frage kommen.

Fortsetzung folgt.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag. Fest Maria Himmelfahrt. Gebotener Feiertag.
Samstag, 6 Uhr Amt für Geistl. Rat Spring (Schwesternhaus)
6[30] Uhr Amt für Katharina Keller geb. Schütz. Sonntag in allen Gottesdiensten Tellerkollekte für den verlobten Tag.

Die Kohlenfrage.

Die Oeffentlichkeit kann nicht eindringlich und nachdrücklich genug darüber aufgeklärt werden, daß der Kohlenmangel das deutsche Wirtschaftsleben allmählich zum Erlöschen zu bringen droht. Kommt man in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, so ziehen sich die Klagen über den furchtbaren Kohlenmangel wie ein roter Faden durch die Gespräche führender Wirtschaftskreise. Dabei ist festzuhalten, daß kraft Friedensvertrages die Ruhrkohle praktisch zum letzten Rettungs-Anker für die Volkswirtschaft des unbesetzten Deutschlands geworden ist. Ja, darüber hinaus soll die Ruhrkohle auch noch die Hauptlast tragen bei unseren Pflichtlieferung von 40 Millionen Tonnen an den Verband.

Jetzt fragt es sich nur: wie kommen wir aus der Kohlennot heraus? Die Kohlenförderung muß gesteigert werden, darüber ist sich alle Welt einig. Ist von der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ein heilsamer Einfluß auf die Kohlengewinnung zu erwarten? Vielfach hat man es gerade im Interesse der Steigerung unserer Kohlenförderung beklagt, daß die Sozialisierung der Kohle solange auf sich warten läßt. Wie wir nun von unterrichteter Seite hören, hat der Sachverständigenrat das von der Regierung verlangte Gutachten bereits abgegeben. So steht nichts mehr im Wege, daß der von der Nationalversammlung eingesetzte 28er-Ausschuß und der Staaten-Ausschuß schon in den nächsten Wochen die Ausführungs-Bestimmungen zu dem unter dem 23. März d. J. erlassenen Gesetz über die Reichskohlenwirtschaft festsetzen werden. Damit wird dann die Sozialisierung in Kraft treten. In Kreisen, die dem Kohlen-Syndikat nahestehen, ist man sich aber darüber einig, daß das Inkrafttreten jenes Gesetzes auf die Kohlengewinnung keinerlei förderlichen Einfluß haben werde. Ja, man ist in jenen Kreisen schon zufrieden, wenn die Sozialisierung in dieser Hinsicht keine allzu schweren Nachteile bringen wird.

Gelingt es, das Machtverhältnis, das sich neuerdings immer mehr zugunsten der Arbeiter und zum Nachteil des Unternehmers verschiebt, endlich wenigstens zu einer festen Größe zu gestalten, mit der man im Geschäftsleben rechnen kann, dann ist gerade für den Kohlenbergbau sehr viel gewonnen. Dieser hat ja unter dem Druck der Arbeiter, unter dauernder Beunruhigung durch immer neue Forderungen nach Lohnerhöhung und Schichtverkürzung, ganz besonders schwer zu leiden. Festigkeit jenes Machtverhältnisses erwartet man aber in Kreisen des Syndikats weniger von der Sozialisierung, als von der Wiederherstellung der im Wirtschaftsleben einfach unentbehrlichen Staatsautorität. Inwieweit derartige Erwartungen berechtigt sind, muß natürlich dahingestellt bleiben.

Auch fragt es sich, ob bessere Versorgung mit Lebensmitteln die Arbeitslust und damit die Kohlenförderung zu steigern vermag. Die leichte Zunahme der Förderung seit der Beendigung des großen Arbeiter-Ausstandes, also seit Anfang Mai, ist zweifellos mit darauf zurückzuführen, daß es seitdem auch im Industriebezirk mehr und besser zu essen gibt. Freilich darf der wohltätige Einfluß der besseren Ernährung auf die Förderung keineswegs überschätzt werden, dennoch wäre es vom Standpunkt der Lösung der Kohlenfrage aus zu wünschen, daß die Regierung über den Monat September hinaus ihre Zuschüsse zum Einkauf ausländischer Lebensmittel (1½ Milliarden Mark für Juli-September) fortsetzt. Ob unsere Reichsfinanzen derartige Lasten zu tragen vermögen, ist allerdings eine andere Frage.

Für unheilvoll sieht man die Tatsache an, daß immer noch die viel zu hohen Unterstützungen an Arbeitslose fortgezahlt werden. Solange nicht der alte Grundsatz wieder zu seinem Rechte kommt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen," ist die für den Kohlenbergbau so dringend nötige Vermehrung der Belegschaft nicht zu erreichen. Zum mindesten muß also die Unterstützung herabgesetzt werden, damit es sich wieder lohnt, zu arbeiten. Zu gering ist gegenwärtig zweifellos die Spannung zwischen den Löhnen der Untertagearbeiter, der Hauer, die sehr anstrengende und mit Wagnissen für Leib und Leben verknüpfte Arbeit zu leisten haben, einerseits und den Einnahmen anderer Arbeiterschichten, beispielsweise städtischer Arbeiter. Dazu kommt, daß die kürzere Arbeitszeit heute nicht mehr, wie vor der Revolution, das Vorrecht des Bergmannes ist. Vom Standpunkt des Bergarbeiters aus ist deshalb namentlich die Forderung nach Erweiterung jener Lohnspannung durchaus verständlich. Unter Umständen kann dies natürlich zur Lohnerhöhung wenigstens eines Teils der Bergarbeiter führen.

Auf die Preispolitik des Kohlen-Syndikats würde eine solche Entwickelung schwerlich ohne Einfluß bleiben können. Zur Klarstellung des Sachverhalts muß aber festgestellt werden, daß das Kohlen-Syndikat keineswegs eine neue Preiserhöhung zugunsten des Baus von Bergarbeiter-Wohnungen beantragt hat. Dabei handelt es sich vielmehr lediglich um einen der vielen Vorschläge, die zur Verstärkung der Kohlenförderung neuerdings in Kreisen von Werksbesitzern gemacht und erörtert worden sind. Das Kohlen-Syndikat, das übrigens bei seinen Preismaßnahmen schon längst nicht mehr frei schalten und walten kann, ist bestrebt, in dieser Frage so sehr wie irgendmöglich Zurückhaltung zu üben und bei etwaiger Lohnerhöhung lediglich den Ausgleich in den Verkaufspreisen zu suchen. Man ist sich in Kreisen des Syndikats der Notwendigkeit durchaus bewußt, daß es vorläufig nur mehr darauf ankommen kann, die Zechen gnädig „über Wasser" zu halten, also vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Eine Verlustwirtschaft muß demnach bis auf weiteres als unvermeidlich hingenommen werden. Lange dürfen natürlich solche Zustände nicht mehr andauern. Auf jeden Fall wird sich, wie versichert wird, das Kohlen-Syndikat durch die neuesten Beschlüsse der Eisen-Verbände nicht dazu „verführen" lassen, demnächst nun auch seinerseits die Brennstoff-Preise zu erhöhen.

Man kann nun hoffen, daß der Kohlenbergbau bei diesem Standpunkt beharren wird. Sind doch die sich jagenden Preiserhöhungen am Rohstoff-Markt ein wahres Unheil für die deutsche Volkswirtschaft.

Wie verlautet, ist der Entwurf eines Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten dem Staatenausschuß zugegangen.

Die Kohlenlage in aller Welt.

Wie der Berliner „Lokalanzeiger" sich melden läßt, müßten die Vereinigten Staaten Südamerika mit Kohlen versorgen und könnten wegen des Schiffraummangels nicht mehr als höchstens zwei Millionen Tonnen monatlich liefern. Das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung der europäischen Kohlenkrise bestehe in der Vermehrung der Kohlengewinnung in Europa, namentlich in Deutschland. Die europäische Kohlenkommission in Paris wird keine Rücksicht auf den Kohlenbedarf der deutschen Industrie nehmen, sondern in erster Linie an die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Der Reichsarbeitsminister hat einen Ausschuß gebildet, der die Frage der Arbeitszeit im Bergbaudes Ruhrgebiets prüfen soll. Dem Ausschuß gehören an Vertreter des Zechenverbandes, der drei großen Bergarbeiterverbände und der Angestelltenverbände. Den Vorsitz hat auf die Bitte des Reichsarbeitsministeriums der durch seine langjährige praktische und wissenschaftliche Tätigkeit bekannte Leiter des Bureaus für Sozialpolitik, Professor Dr. Franke, übernommen.

— * In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Finanzministerium sich mit neuen Plänen trage, um die Kapitalabwanderung ins Ausland zu fassen. Zu diesem Zweck soll den Banken eine Auskunftspflicht auferlegt werden über alles Kapital, das ins Ausland abgewandert ist. Diese Mitteilungen werden von der deutschen Regierung der Wiederherstellungskommission des Verbandes weitergegeben mit dem Anheimgeben, diese Beträge zu beschlagnahmen und auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme zu verrechnen, ohne daß Deutschland dem einzelnen gegenüber eine Entschädigungspflicht übernimmt. Gleichzeitig wird angedeutet, daß dieses Vorgehen der deutschen Regierung einer von London ausgehenden Anregung entspricht; daß damit also der erste Versuch einer internationalen Verständigung gegen die Steuerflucht vorliegen würde.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 9. April.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Abg. Heimann (Soz.) begrüßt das Gesetz und erklärt die Zustimmung seiner Freunde. Er erblickt darin einen großen Schritt vorwärts, daß das Reich sich in den Besitz der großen Kraftwerke setzen werde. Je schneller die Zentralisierung fortschreite, desto schneller werde auch das Ziel erreicht, Kohlen zu sparen.

Abg. Leicht (Ztr.) sieht die Bedeutung des Entwurfs in der volkswirtschaftlichen, nicht in der finanziellen Seite. Das werde mehr oder weniger bei allen Sozialisierungen der Fall sein. Es bleibt fraglich, ob das Reich ein besonders glänzendes Geschäft damit macht. Die Vorlage soll nicht ein Signal für eine weitere Sozialisierung im Galopptempo geben. Zur weiteren Prüfung der Vorlage beantragt der Redner die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Wieland (Dem.) erklärt das Einverständnis seiner Partei mit dem Ziel der Vorlage, hat aber schwere Bedenken, ob der vorgeschlagene Weg zum Ziel führen werde. Er bemängelt die ungenügende Begründung des Gesetzes. Der Redner bezeichnet die Vorlage als ein Experiment an einem untauglichen Objekt, als welches sich der deutsche Wirtschaftskörper darstelle.

Reichsschatzmeister Mayer weist in einer kurzen Erwiderung u. a. den Einwand zurück, daß nicht genügend Sachverständige vernommen worden seien. Die technischen Fragen, die von dem Vorredner aufgeworfen worden seien, würden am besten im Ausschuß behandelt.

Abg. Biener (D. Vp.) glaubt eine gewisse Flüchtigkeit in der Gesetzmacherei der Nationalversammlung konstatieren zu müssen und wendet sich dagegen, daß man dem Gesetz einen fiskalischen Charakter gebe.

Abg. Koenen (U. S.) meint, es handele sich hier um Verstaatlichung, aber nicht um Sozialisierung, und nicht einmal die Verstaatlichung sei vollständig durchgeführt.

Abg. Heidtmann (D. Vp.) erblickt den größten Vorzug des Gesetzes darin, daß es ein einheitliches System der Hochspannungsbetriebe schafft. Dem Grundgedanken dieses Gesetzes stehe seine Partei durchaus sympathisch gegenüber, doch müssen verschiedene Bestimmungen abgeändert werden.

Zum Schluß wird die Vorlage an den Ausschuß verwiesen. Schluß 6.30 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag, 10 Uhr.

Das Enteignungsgesetz.

Der vorliegende Entwurf stellt das erste der Ausführungsgesetze zum Friedensvertrage dar und ist von ungeheurer Bedeutung und schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen. Wir heben die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfes hervor:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt Gegenstände, welche auf Grund des Friedensvertrages oder der ergänzenden Abkommen den alliierten und assoziierten Regierungen oder einer von ihnen oder einem Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte zu übertragen sind, für das Reich zu enteignen.

§ 2. Die Enteignung erfolgt ohne besonderes Verfahren durch Bescheid an den Eigentümer, falls dieser nicht ermittelt werden kann, an den Besitzer der zu enteignenden Sache oder an den Inhaber des zu enteignenden Rechts. Zur Zustellung genügt die Uebersendung mittels Einschreibebriefes gegen Rückschein. Die Enteignung kann auch durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

§ 3. Die Besitzer der enteigneten Sachen, sowie die Inhaber von Urkunden über die enteigneten Rechte und über die Eigentumsverhältnisse an den enteigneten Sachen sind zur Herausgabe verpflichtet. Die Enteignungsbehörde kann nähere Vorschriften erlassen.

§ 4. Jedermann ist verpflichtet der Enteignungsbehörde auf Verlangen die von ihr für erforderlich erachteten Auskünfte zu erteilen. Die Enteignungsbehörde oder die von ihr Beauftragten sind befugt, zur Ermittelung richtiger Angaben die Geschäftsbriefe, Geschäftsbücher und sonstigen Urkunden einzusehen, sowie Räumlichkeiten zu besichtigen und zu untersuchen, in

---

Das Spötterl.

Roman von **Hermann Schmidt.**

[26] „In Tegernsee wird's ein großes Gereb' geben und ein Gespött, dem Du vielleicht gern aus dem Weg gehst. Ich hab' neulich gehört, die Clarl, Deine Freundin von der Gindelalm, hat so Zeitlang gehabt nach Dir, daß sie auch nimmer hat in Tegernsee bleiben wollen — sie hat sich jetzt nach Osterwarngau heraus verdingt als Hauserin zu einem Bauer, der ganz einschichtig mit seinen kleinen Kindern haust . .."

„Ja, ja, zu der will ich," unterbrach ihn Corona mit unverkennbarer Freude. „Die nimmt mich auf und versteckt mich vor den Leuten, bis das erste Gereb' vorüber ist. Und wenn wieder der Auswärts kommt, werd' ich schauen, daß ich wieder auf die Gindelalm komm' und den Leuten aus dem Gesicht bin."

„Du wirst wohl wissen, was Du zu tun hast", sagte Quirin mit anscheinender Ruhe, während ihm das freudige Herz bis an den Hals herauf schlug. „Nach Warngau aber wär' just eine gute G'legenheit — da über der Brucken drüben, im Kreuzigseßergarten, stellt der Bäk' von Warngau ein, der jede Woch' botenweis nach Mädchen fahrt; der reist in einem Stündl ab. Wenn's Dir recht wär', so wär's doch für 'was gut g'wesen, daß ich Dir jetzt so begegnet bin."

„Red' nit so!" entgegnete Corona beklommen. „Meinst, ich sollt' glauben, daß Du mir so begegnet bist? Meinst, ich hätt' Dich nit erkannt, wie Du mir zugerufen hast: „Da hinunter!"? Warum willst es nit eingesteh'n, daß Du mit Fleiß in der Näh' gewesen bist, daß Du in der Still' auf mich acht 'geben und jetzt das Alles schon im Voraus bergericht't hast? Willst nit haben, daß ich Dir dafür danken soll?"

„Weiß Gott, wie gern ich Dir 'was zu Dank tun möcht'", sagte der Bursch hinwieder. „Aber es ist doch nit so, wie Du meinst; es ist Alles nur das gute Glück, daß sich's so getroffen hat. Ich bin Knecht gewesen in einem Bräuhaus in der Näh', und damit ich mir ein paar Kreuzer mehr hab' verdienen können, hab' ich in der Komödi als Zimmermann mitgeholfen. Das ist Alles — ich hab' halt selbig'smal nimmer daheim bleiben mögen."

„Sag' lieber, Du hast nit dürfen, Du hast Dich aus'm Staub g'macht!" entgegnete Corona, „Du wirst wissen, daß am selbigen Abend, wie der Russ' von der Gindelalm herunter ist, auf ihn g'schossen worden ist — sie haben's Alle auf Dich g'halten."

„So?" rief Quirin mit eigentümlichen Lachen. „Haben sie's auf mich gehalten? Kann mir's schier denken. Aber sag selber: mit was hätt ich denn schießen sollen? Du hast ja selber g'sieh'n, daß ich nix von einem Schießzeug gehabt hab'. — Es hätt' nur höchstens mein Bergstock losgeh'n müssen." Corona wollte erwidern; aber Quirin unterbrach sie. „So, da sind wir schon," sagte er, jetzt kann's gleich dahin geh'n; der Bäck' hat sein Wagerl schon bergericht't und der Hansknecht führt schon die Pferd' heraus zum Einspannen. Steig nur auf, Corona! Und vor Gebetläuten bist schon in Warngau."

Corona war dieser Ausweg so erwünscht gekommen, daß sie in einer Art von Halbtraum zugehört und dahingeschritten war; sie hatte wohl noch allerlei auf dem Herzen, was sie gegen Quirin auszusprechen wünschte, aber sie fand die Worte nicht dazu, und wenn sie solche gefunden, wollte doch kein Laut aus der Kehle. — Auch war Quirin sichtbar bemüht, jede weitere eingehende Unterhaltung abzuschneiden. Deshalb betrieb er die Abreise mit augenscheinlicher Eile und half der nicht Widerstrebenden auf den Sitz neben dem Bäcker, dem er sein „Bäschen" aufs Beste empfahl und der die Empfehlung gleich dadurch würdigte, daß er eine warme Decke zum Schutze gegen die rauhe Märznacht über sie warf. Kaum fand Corona noch Zeit, Quirin ihren flüchtigen Dank zu wiederholen, ihn zu fragen, wo sie ihn wiederfinden könne, um ihm dann erst so recht zu sagen, wie hoch sie den Dienst anschlage, den er ihr geleistet. Er überhörte die Frage, setzte den einen Fuß auf die Radspeiche, hob sich gegen Corona empor und sagte ihr seinen Abschied in's Ohr; der Bäcker nahm eben vom Wirte Zügel und Peitsche in Empfang und achtete nicht auf die Beiden.

„B'hüt Dich Gott, Sennerin!" flüsterte Quirin. „Laß Dir's gut geh'n und grüß' mir im Auswärts die Gindelalm! Weil ich aber sorg', es könnt' Dir jetzt daheim ein bis'l hinderlich geh'n, d'rum möcht' ich Dir ein Andenken mitgeben — da nimm das Papier da! Wenn Du in Warngau bist, mach's auf und lies's!"

Sie wollte Näheres wissen, wollte fragen — da zogen die Pferde an, das Blatt blieb ihr in der Hand; sie hörte nur noch aus weiter Ferne ein windverwehtes letztes „B'hüt Gott!" des Burschen.

Es kam alles genau, wie er vorhergesagt. Eben begann der späte Frühlingsmorgen zu grauen und die Glocke verkündete das Frühgebet, als sie vor dem Hofe hielten, in welchem Clarl als Wirtschafterin hauste. Bald hatte sie die Alte herausgepocht, die schlaftrunken und betroffen von der unerwarteten Begegnung vor ihr stand und sich flüchtig das Geschehene erzählen ließ. Zu genauerer Mitteilung war keine Zeit; im Hause des Bauern ist die Arbeit die erste Gebieterin; Clarl hatte vollauf zu tun und nur eben Zeit genug, Corona dem Bauer als ihre Base vorzustellen, die unerwartet zum Besuche gekommen. Erst als der späte Abend herankam, saßen sie beide in Clarls Kammer auf dem Rande des gemeinsamen Bettes und erzählten und sprachen, bis die Mitternacht nahe und das Stückchen geringer Kerze, das die Kammer beleuchtete, am Erlöschen war.

Eine hatte der Anderen so viel zu sagen, Corona von ihren Erlebnissen bis zu der Stunde, da sie flüchtig an die Hütte der Freundin gepocht, Clarl von allen den Hoffnungen und Erwartungen, die sie sich von Corona gemacht, und wie doch oft etwas wie Reue und Sorge über sie gekommen, wie sie sich einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie Corona angetrieben, den gewagten Entschluß auszuführen, und daß sie so vielleicht die Schuld trage, wenn die Sache keinen guten Ausgang nahm.

Fortsetzung folgt.

deren Gegenstände oder Urkunden sich befinden oder zu vermuten sind, über welche Auskunft verlangt wird. Das Ergebnis der Mitteilungen oder Ermittelungen darf nicht zu Steuerzwecken verwertet werden.

§ 5. Die Enteignungsbehörden sind befugt, Gegenstände, welche der Enteignung unterliegen, zu beschlagnahmen.

§ 6. Die Enteignung erfolgt gegen angemessene Entschädigung in Geld oder Wertpapieren oder in gleichartigen Gegenständen.

§ 7. Die Entschädigung wird von der Enteignungsbehörde oder einer anderen von dem zuständigen Reichsminister zu bezeichnenden Stelle festgesetzt. Kann die Festsetzung oder die Auszahlung nicht erfolgen, so kann im Falle dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit in Anrechnung auf die Entschädigung ein Vorschuß bewilligt werden. Gegen die Festsetzung der Entschädigung kann die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichtes nachgesucht werden, welches endgültig über die Art und den Umfang der Entschädigung befindet.

Die Paragraphen 8 bis 12 betreffen Verordnungen gegen Zuwiderhandelnde und die Festsetzung der Strafmaße.

Der Schlußparagraph 13 besagt, daß das vorliegende Gesetz gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Zur Friedensfrage.

Truppenverstärkung?

„Chicago Tribune" vernimmt, daß der Fünferrat den Vorschlag des Marschall Foch angenommen hat, demzufolge Deutschland ermächtigt wird, neue Truppen in die 50 Kilometer-Zone östlich des Rheins zu legen, da die dort befindlichen deutschen Truppen, falls Streik oder Unruhen ausbrechen sollten, für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen würden.

Das Rheinlandabkommen.

Bei den am 7. August aufgenommenen Verhandlungen der deutschen Kommission mit der interalliierten Kommission über das Rheinlandabkommen wurde von dem deutschen Vorsitzenden, Unterstaatssekretär Lewald, die von dem parlamentarischen Vertrat des Reichskommissars für die besetzten Gebiete im Westen und von den Vertretern aller Erwerbsstände und ihren Behörden des besetzten Gebietes geäußerten Wünsche mit ausführlicher Begründung zur Sprache gebracht. Die Ententekommission hat die Berücksichtigung eines Teiles der deutschen Wünsche zugesagt. Eine eingehende Mitteilung hierüber könne erst erfolgen, nachdem die schriftliche Antwort der Entente auf die von der deutschen Kommission im Anschluß an die mündlich geführten Verhandlungen übergebene umfangreiche Denkschrift eingegangen ist. Reichskommissar von Starck ist das in der Antwort der Entente vorbehaltene Agrement inzwischen erteilt worden. Der Amtssitz des Reichskommissars wird Koblenz, wo auch die interalliierte Kommission ihren Sitz hat. Der Reichskommissar wird seine Tätigkeit in der zweiten Hälfte des August aufnehmen.

Der Wiederaufbau.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gezeichnet Cohen, erläßt an alle Arbeiterräte der deutschen Republik einen Aufruf, worin er die Arbeiterräte auffordert, den deutschen Arbeitern zu sagen, daß der Wiederaufbau Nordfrankreichs, zu dem Deutschland nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist und für den in Deutschland jetzt freiwillige Arbeitskräfte gesucht werden müssen, nicht für den deutschen und den französischen Kapitalismus geschehe, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Der Wiederaufbau Frankreichs sei ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja ein gemein-europäisches. Das müßten die deutschen Arbeiter einsehen und danach handeln, dann werde die Frucht des Wiederaufbaus eine Annäherung des deutschen und französischen Volkes sein. Der Zentralrat richte daher an alle Arbeiterräte den dringenden Aufruf in diesem Sinne tätig zu sein und mit dazu beizutragen, daß der deutschen Republik aus der Nichterfüllung gerade dieser ausschlaggebenden Friedensbedingung kein never unabsehbarer Schade erwachse.

Minister Loucheur hat, so wird aus St. Germain gemeldet, die Beratung mit den deutsch-österreichischen Vertretern über die Entsendung deutsch-österreichischer Arbeiter nach Frankreich fortgesetzt. In wichtigen Fragen wurde eine Annäherung erzielt. Der baldige Abschluß der Verhandlungen ist zu erwarten.

Drei Noten an Rumänien.

Nach dem „Petit Parisien" hat der Oberste Rat der Alliierten in der ungarischen Angelegenheit in den letzten vier Tagen drei Noten an Rumänien gerichtet, in denen die Einstellung des Vormarsches und die Anerkennung des alten Waffenstillstandsvertrages d. h. Desavonierung des ungarisch-rumänischen Waffenstillstandes, verlangt wird. Außerdem fordert der Rat, daß Rumänien sich seinen Beschlüssen anpasse.

Das französische Heer.

Die Pariser Blätter teilen in einer amtlichen Bekanntmachung des Demobilmachungsamtes mit, daß die Jahresklassen 1918—17 einschließlich vom 31. August an in sechs Staffeln demobilisiert werden, so daß am 30. September nur noch die Klassen 1918—20 als aktives Heer mobilisiert bleiben.

Völkerbund.

„Algemeen Handelsblad" meldet aus Paris: Die Alliierten berieten über den Zeitpunkt des Zusammentritts des Völkerbundes in Washington. Wie es heißt, soll der Völkerbund in diesem Herbst zusammentreten.

Der Frieden mit Oesterreich.

Staatskanzler Dr. Renner entwickelte in Wien vor Vertretern der Presse ein Bild von der verantwortungsvollen Arbeit, welche die deutsch-österreichische Friedensdelegation in St. Germain vollbracht hat. Der Staatskanzler erörterte die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensentwurfes, dessen Durchführung sowohl für die staatliche als auch für die Privatwirtschaft von katastrophaler Wir-

kung sein müsse und sagte: Wir werden nicht aufhören zu fordern daß uns Deutsch-Südtirol verbleibt, und zu glauben an das Recht, bis uns Unrecht geschehe. Was Steiermark und Kärnten betrifft, so legen wir insbesondere darauf Gewicht, daß uns das Marburger und Radkersburger Becken verbleibt. Im Bezug Felsberg haben wir der Entente den Ausweg vorgeschlagen, daß die Tschechen die Eisenbahnlinie Ludenburg-Grußbach-Znerim in ihre Verwaltung nehmen daß aber wir das Land und dessen politische Verwaltung behalten. Der Staatskanzler beschäftigte sich sodann mit den Forderungen Deutsch-Oesterreichs in bezug auf die gegenwärtig unter tschechischer Herrschaft stehenden deutschen Landesteile und schloß mit der Erklärung, er fühle sich verpflichtet, den Vertretern der Presse den Ernst der Situation offen vor Augen zu führen. In einer Stunde wie der gegenwärtigen dürfe es in der Presse keine Partei geben. Da gelte es nur das Interesse des Landes.

Die Schantungfrage

spitzt sich immer mehr zu einer Kriegsgefahr zwischen China und Japan einerseits und den Vereinigten Staaten und Japan anderseits zu. Im Friedensvertrag ist bekanntlich die an Kohlen reiche Provinz Schantung (das

Hinterland von Kiautschou) Japan zugesprochen worden, was in ganz China große Erbitterung hervorrief und in den, in Schantung wirtschaftlich sehr interessierten Vereinigten Staaten den Gegensatz zu Japan noch mehr verschärfte.

Die Lage in Ungarn.

Entwaffnung der Roten Armee.

Aus Budapest wird gemeldet: Nach dem Bericht des Kriegsministeriums ist die Entwaffnung der Roten Armee überall in größter Ruhe verlaufen und beendet worden.

Wegen Papiermangel.

Der Ministerpräsident Stephan Friedrich erließ auf einen Vorschlag der Vertreter der Presse eine Verordnung, in der das Erscheinen aller Preßprodukte, also auch das der Tagesblätter, Wochenschriften, Zeitschriften und Flugschriften bis auf weiteres verboten ist. Diese Maßregel wurde infolge des Papiermangels notwendig. Für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes wird das Amtsblatt „Budapesti Kozloeny" zweimal täglich erscheinen. Im nichtamtlichen Teile wird es das Publikum über die wichtigeren Ereignisse informieren.

Die Vorgeschichte.

Die Betrauung des Erzherzogs Joseph mit der Regentschaft geht zurück auf eine im Juni erfolgte Vereinbarung der Szegediner Regierung mit dem französischen Oberkommando. Die Wiederherstellung der Monarchie ist wahrscheinlich.

Allerlei Nachrichten.

Nachklänge der Aera Eisner.

Bei der Beratung des Etats des bayerischen Finanzausschusses kam der Referent über die seinerzeitige Veröffentlichung des Gesandtschaftsberichts durch Eisner zu sprechen und forderte eine genaue Untersuchung. Der Ministerpräsident erklärte, daß der Einsetzung einer parlamentarischen Unterkommission nichts im Wege stehe. Ferner teilte der Ministerpräsident mit, daß die von Eisner angestellten Personen sich nicht mehr im Dienste befinden. Ein sozialistischer Redner stellte an die Regierung die Frage, ob Eisner die für seine damalige Reise zum Berner Sozialistenkongreß entnommene Summe von 5000 Mark zurückerstattet habe, und beanstandete, daß dieser Betrag unter dem Titel „Geschäftsbedürfnisse und Dienstreisen" im Etat nachgefordert werde, da Eisner nicht als Ministerpräsident, sondern als Mitglied der USP. nach Bern gefahren sei. Der Ministerpräsident sagte Aufklärung hierüber zu.

Spaltungen in der Türkei.

Der „Temps" meldet aus Kairo: Mustafa Deschemal Pascha hat sich geweigert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukehren, Folge zu leisten. Er hat sich von der Türkei unabhängig erklärt und läßt überall bekannt machen, die Konstantinopeler Regierung habe das Vaterland verkauft. Er fordert alle Anhänger des Islams und Freunde der Türkei auf, sich ihm anzugliedern. Mustafa Pascha verfügt über zwei revolutionäre Divisionen. Zahlreiche Freiwillige strömen ihm von allen Seiten zu. Die türkische Regierung hat zwei Minister zu Verhandlungen in die aufständischen Gebiete abgesandt. Voraussichtlich werden auch Gendarmerietruppen dorthin dirigiert.

Kleine Meldungen.

Wien. Der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Hartmann, hat seine Demission gegeben. Die „Neue Freie Presse" verzeichnet das Gerücht, daß die Ernennung des ehemaligen Justizministers Dr. Klein zum deutsch-österreichischen Gesandten in Berlin bevorstehe.

Brüssel. Die Kammer genehmigte in namentlicher Abstimmung den Friedensvertrag mit allen Stimmen der anwesenden 123 Abgeordneten.

Haag. „Het Vaderland" meldet, daß die deutschen Deserteure, die während des Krieges nach Holland gekommen sind, in Bälde genötigt sein werden, Holland zu verlassen. Ihre Zahl beträgt 6—7000.

Amsterdam. Das Reutersche Büro meldet aus Rom, daß der Komponist Leoncavallo gestorben ist.

Rotterdam. Die „Times" läßt sich aus Paris melden, der Rat der Alliierten habe beschlossen, daß die Schadenersatzsumme von Deutschland in Frankenwährung zu leisten sei. An der Festsetzung eines Zwangskurses für die deutsche Mark hätten die Alliierten kein Interesse. Es müsse der deutschen Arbeitslust überlassen bleiben, welche Marksumme für die Frankenwährung zu leisten sei.

Genf. Nach Pariser und Lyoner Blättermeldungen habe der Oberste Rat der Alliierten am Freitag einstimmig seine Einwilligung zum Kaiserprozeß in London gegeben. In einer zweiten Sitzung habe er dem Auslieferungsbegehren an Holland zugestimmt.

Versailles. „Intransigeant" teilt mit: Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, die Blockade Rußlands aufrechtzuerhalten. Das gleiche Blatt meldet, die Italiener und Griechen hätten sich über alle schwebenden Fragen geeinigt.

Kunst und Wissenschaft.

(!) **Wiederkehr des Kometen Kopff.** Nach längerer Dauer meldet die astronomische Zentralstelle endlich wieder die Auffindung eines Kometen. Es ist einer von denen, die für dieses Jahr fällig waren, bei denen man aber kaum die Hoffnung hat, ihm wieder habhaft werden zu können. Der 1906 von Kopff in Heidelberg entdeckte Komet, der bei seiner Wiederkehr 1913 leider den Nachforschungen der Astronomen entging, ist nun am 30. Juli abends zu Heidelberg von Geheimrat Wolf im südlichen Teile des Sternbildes des Adlers aufgefunden worden. Das Gestirn ist zurzeit nur größeren Fernrohren zugänglich, wird jedoch voraussichtlich etwas heller werden.

Vermischtes.

Der passende Name. Als das kleine Mädchen zur Welt kam, entstand natürlich unter den Familienmitgliedern eine lebhafte Diskussion darüber wie die Kleine heißen sollte. „Wir wollen sie Geraldine nennen", sagte die zärtliche Mutter. „Warum nicht Esmeralda?" fragte die Großmutter. „Ich habe den Namen einmal in einem Roman gelesen, und er klingt so schön." „Ach", sagte die andere Großmutter, das taugt nichts. Wir wollen sie Pepita nennen." „Aber glaubt ihr nicht, daß Elessa ein schöner Name ist, und so ungewöhnlich?" sagte eine von den Tanten. „Entschuldigt," warf der arme Vater ein „aber ihr scheint zu vergessen, daß es darauf ankommt, einem menschlichen Wesen einen Namen zu geben und nicht einer neuen Zigarrensorte!"

Wer stellt die meisten Auswanderer? Daß künftig mit einer starken deutschen Auswanderung zu rechnen sein wird, ist eines der vielen Ergebnisse des Friedensvertrages. Es dürfte lehrreich sein zu erfahren, welches Volk in der Vorkriegszeit die meisten Auswanderer stellte. Dies waren seltsamerweise nicht die Italiener, sondern die Polen, wobei allerdings einschränkend bemerkt sei daß die Berichte der amerikanischen Regierung Nord- und Süditaliens trennen; die Norditaliener seien nämlich fleißig und arbeitsam, während die Süditaliener das Lazzaronileben, das sie von Neapel und Umgegend gewohnt schienen, gerne am Broadway sehr zum Mißvergnügen der New-Yorker Behörden fortzusetzen geneigt seien. Im letzten Friedensjahre wanderten ein über 120 000 Polen, 108 000 Süditaliener, 97 000 Juden. An vierter Stelle folgen die Deutschen mit 72 000. Dann kommen Ungarn mit 51 000 und hernach Russen, Norditaliener, Balkanslaven in kleinen Abständen. Dem Beruf nach waren es an 200 000 Farmarbeiter, 125 000 Bergleute und 100 000 Diener. Dann folgen Mechaniker, Schreiner, Handlungsgehilfen und Schneider. Ungelernte Arbeiter waren 130 000 und rund ein Drittel (meist Frauen und Kinder) wurden in der Einwanderungsstatistik als „without business" (ohne geschäftlichen Beruf) aufgeführt.

„Unsere Toten." In Friedberg i. H. erscheint jetzt in zwangloser Folge, von Hanns Koch herausgegeben, eine neue Zeitschrift „Die Heimat", die in Wort und Bild beredt für Schutz Kultur und Kunst der Heimat eintritt. Wir entnehmen den reich ausgestatteten beiden ersten Heften das folgende Gedicht „Unsere Toten" von Hans Pfeifer:

Vom Westen und Osten von Nord und Süd
Schleppen sich nächtens viel Füße müd,
Füße vom Wandern wund und zerfetzt,
Langsam, bedächtig zur Erde gesetzt,
Mühn sich im zitternden Mondenschein
Rastlos tief nach Deutschland hinein.
Und wer mit lauschendem Ohr noch wacht,
Hört sie in jedweder werdenden Nacht,
Hört dies Schlürfen so müde und schwer,
Hört eine Klage voll wilder Begehr,
Eine Klage schmerzzerfressen:
Nur nicht vergessen! Uns nicht vergessen!

(—) **Nachtrag zum Gemeindevertretersitzungsbericht.**
(Durch ein Versehen in letzter Nr. nicht zur Aufnahme gelangt).

Es kommt ein Schreiben der Lehrerschaft zur Verlesung, worin diese über verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit Beschwerde führen, so auch über die Äußerung des Herrn Vertreters Franz Schichtel, der ein Schreiben der Lehrerschaft als gehässig bezeichnet hatte usw. Herr Schichtel sollte diese Aeußerungen zurücknehmen.

Herr Schichtel erwidert, daß die Lehrer seiner geäußerten Meinung wegen eine richtige Hetze gegen ihn veranstaltet hätten und daß er sich absolut nicht veranlaßt sehe, auch nur einen Jota des von ihm Gesagten zurückzunehmen. Er halte sein Wort voll und ganz aufrecht.

Schwarz sagt: Ich freue mich, daß Schichtel nicht zurücknimmt. Was Wahrheit ist, kann man sagen. Die Lehrer haben sich hier als Sittenwächter nicht aufzuspielen.

3.) Antrag verschiedener Gemeindebediensteten und Pensionäre um nachträgliche Gewährung von Teuerungszulage.

Dem pens. Polizeisergeanten Herrn Josef Kaus wird die Teuerungszulage ab 1. Januar 1919 wie den übrigen Beamten, nachträglich bewilligt.

Der Witwe des verstorbenen Gemeindesekretärs Herrn Peter Thomas wird auf deren Ersuchen eine Kriegszulage bewilligt. Die Gemeindevertretung setzt die Höhe derselben auf 300.— Mark pro Jahr ab 1. April ds. Js. fest.

Ein in der letzten Sitzung bewilligtes Gesuch um Kriegszulagen für die Gemeindebeamten, Angestellten und Bediensteten, war versehentlich bei der Bewilligung nicht auch auf die Bediensteten bezogen worden. Das wird heute nachgeholt. Es kommen in Betracht die Herren Schichtel, Schwarz, Theis und Zimmermann mit monatlich 140 resp. 150 Mark Teuerungszulagen und 30 Mark für jedes Kind.

Bekanntmachung.

Mit Ermächtigung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden in der Bekanntmachung vom 12. Februar 1917 (Reg.-Amtsblatt S. 46/47) aufgeführten Gebührensätze für die Ausübung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau bis auf weiteres und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs in dem von den Franzosen besetzten Teile des hiesigen Reg.-Bezirks — es sind dies im besonderen die Kreise Höchst St. Goarshausen, Rheingau, Untertaunus, Unterlahn Wiesbaden Stadt und Land, sowie der neugebildete Kreis Königstein — wie folgt geändert:

1. Den Fleischbeschauern (ohne Rücksicht darauf, ob sie approbierte Tierärzte oder Laien sind) und den Trichinenschauern stehen für die innerhalb der Zuständigkeit der Laienbeschauer vorgenommene Schlachtvieh- und Fleischbeschau (ordentliche Beschau) zusammen und für die Trichinenschau folgende Gebühren zu:
1. für ein Stück Rindvieh (ausschl. Kälber) 2.25 Mk.
2. für ein Schwein (ausschl. Trichinenschau) a) bei gewerblicher Schlachtung 1.15 Mk. b) bei Hausschlachtungen 75 Pfg.,
3. für ein Schwein (ausschl. Trichinenschau) a) bei gewerblicher Schlachtung 1.90 Mk. b) bei Hausschlachtungen 1.50 Mk.
4. für ein Kalb, Schaf, Ziege und sonstiges Kleinvieh außer Ziegenlämmern 75 Pfg.
5. für ein Ziegenlam 30 Pfg.
6. für eine allein a) für einen ganzen Tierkö. per 1.15 Mk. b) für eine Speckseite 55 Pfg., c) für ein anderes Stück Schweinefleisch 75 Pfg.

Diese Sätze sind in voller Höhe auch dann zu zahlen, wenn eine Schlachtviehbeschau ohne nachfolgende Fleischbeschau, oder wenn lediglich eine Fleischbeschau stattfindet. Wenn ein Fleischbeschauer an einem Tage die Beschau mehrerer Schweine desselben Besitzers vornimmt, so steht ihm bei gewerblichen Schlachtungen für die Beschau des zweiten u. jeden folgenden Schweines auch nur die um 40 Pfg ermäßigte Gebühr für hausgeschlachtete Schweine zu. Er erhält also für das 2. und jedes folgende Schwein, einschließlich Trichinenschau 1.50 Mk.

2. den zu Fleischbeschauern für die den approbierten Tierärzten vorbehaltenen Zweige der Beschau ernannten Tierärzten stehen für die den Tierärzten ausschließlich vorbehaltene Beschau (Erzeugungsbeschau) folgende Gebühren zu:
1. für ein Stück Rindvieh (ausschließl. Kälber) ein Pferd, ein Esel, ein Maultier oder ein Maulesel 4.50 Mk.
2. für ein Schwein 3 Mk.
3. für ein Kalb, Schaf, Ziege oder sonstiges Kleinviehstück 2.25 Mk.

Der neue Gebührentarif tritt mit dem 1. Juli d. Js. in Kraft.

Im übrigen bleiben die eingangs erwähnte Bekanntmachung vom vom 12. 2. 1917 (Reg.-Amtsblatt S. 46/47) und ihr Nachtrag vom 26. 10. 18. (Reg.-Amtsblatt S. 276) unverändert.

Wiesbaden, den 20. Juni 1919. Der Regierungspräsident.

Die Ortspolizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich um Veröffentlichung an die Beschauer sowie deren Stellvertreter.

Auf den Schlußsatz ist besonders hinzuweisen.

Wiesbaden den, 29. Juli 1919.

Der Landrat. J. V.: Schlitt.

Katholischer Gottesdienst in Eddersheim.
Freitag wird das Fest Maria Himmelfahrt gefeiert. Vor dem Hochamt ist die Kräuterweihe.

Israelitischer Gottesdienst.
Samstag, den 16. August 1919.
Sabbat: Ekef.
7.10 Uhr Vorabendgottesdienst
8.30 Uhr Morgengottesdienst
2.30 Uhr Nachmittagsgottesdienst
8.30 Uhr Sabbatausgang.

Arbeitergesangverein „Frisch auf" jeden Samstag Abend 8 Uhr Singstunde im Gasthaus zum Bahnhof.

Kameradschaft 1900. Heute (Donnerstag) Abend 8 Uhr Versammlung bei Kamerad Messerschmitt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 12. ds. Mts., abends 8 Uhr, im städt. Krankenhaus zu Wiesbaden, meinen innigstgeliebten, unvergesslichen Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Grossvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Franz Nauheimer I.

Fischer,

im Alter von 63 Jahren, nach langem schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefer Trauer:

Frau Katharina Nauheimer Ww., geb. Diefenbach
Franz K. P. Nauheimer u. Familie, **Ludwig Wengel. u. Familie,**
Josef Leitsch u. Familie, **J. L. Nauheimer u. Familie.**

FLÖRSHEIM, den 13. August 1919.

Die Beerdigung findet statt: Freitag nach dem Hochamt vom Sterbehaus Schmiedgasse 1 aus.

Elsässische Bankgesellschaft

Aktienkapital Mk. 20000000.— **FILIALE MAINZ,** Fernruf Nr. 52 und 91.

Verzinsung von Spargeldern zu günstigsten Zinssätzen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagender Geschäfte.
Verschwiegenste und zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

Achtung! Achtung!
Fuhrunternehmer!
Mehrere Hundert wasserdichte
Pferde-Decken
innen vollgefüttert, preisw. abzugeben.
A. Crochet, Mainz,
Boppstr. 34, part., Hths.

Küchenhände — Arbeitshände
werden samtweich und zart durch
Mia — Vera — Creme
Tube 1.50 Mk.
Hilft über Nacht! Besser als das fehlende Glycerin!
Apotheke zu Flörsheim.

Pa. Carbolineum
Friedenow. hellbr. Mk. 35 p. Ct.
Fabrik chem. Produkte
Köln, Postfach 40.

Bauschule Rastede (Oldenbg.)
Meister- und Polierkurse
Ausführliche Programm frei.

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche anlässlich unserer Hochzeit, besonders auch seitens der Herren Kollegen Bäckermeister sagen wir

UNSEREN INNIGSTEN DANK!

WILHELM KUNZ UND FRAU.

FLÖRSHEIM, den 13. August 1919.

:: Schreibwaren aller Art ::
empfiehlt
Heinrich Dreisbach.

Bekanntmachung.

Mache die Landwirte darauf aufmerksam, daß sie nach Ausdrusch ihrer Getreide die **Ablieferungsscheine** nach Mühle oder Lager **vorher** bei mir in Empfang zu nehmen haben.

Joseph Altmaier,
Commissionär

Eingesandt.

„Soldaten, hat's nur in Friedenszeiten gegeben", sagt Herr Stößel in maßlosem Größenwahn und schämt sich nicht, einem Kriegsinvaliden und dem Einsender dieser Zeilen, der gerade kein schlechter Soldat war vorzuwerfen: „Wenn Ihr Soldaten gewesen wäret, hätten wir den Krieg nicht verloren" Zu bedauern ist nur, daß unsere Heeresleitung so wenig informiert war über die Tüchtigkeit von Daheimgebliebenen, sonst wären wir heute vielleicht — — — besser dran.

Der Einsender:
Otto Stöhr

Gross = Most

Wollen Sie Ihren aus Obst hergestellten Most haltbar machen, dann verwenden Sie zur Durchgährung Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz mit und ohne Süßstoff.

Tausende Anerkennungen

Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz ohne Süßstoff die Flasche zu 50 Liter Mk. 7.50
die Flasche zu 100 Liter Mk. 14.—
" " " Süßstoff zu 50 Liter Mk. 9.—
zu 100 Liter Mk. 17.— per Flasche.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versand, **Ettlingen**

Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei.

Gesang-Verein „Liederkranz"

Am Sonntag, den 17. August 1919
Nachmittags 3 Uhr
findet im Karthäuser-Hof hier,

Konzert u. Ball

statt, wozu freundlichst einladet

Der Vorstand.

Dictionnaire Deutsch-französisch u. französisch-Deutsche empfiehlt Heinrich Dreisbach.